
Peter Moser

Hans Müller.

Aus dem Landwirt wieder einen Bauern machen

Separatdruck aus
Aram Mattioli (Hrsg.)
Intellektuelle von rechts
Ideologie und Politik in der Schweiz 1918 – 1939

© Orell Füssli Verlag 1995

Inhalt

<i>Vorwort</i>	VII
<i>Aram Mattioli</i>	
Die intellektuelle Rechte und die Krise der demokratischen Schweiz. Überlegungen zu einem zeitgeschichtlichen Niemandsland	1
<i>Christian Simon</i>	
Hektor Ammann - Neutralität, Germanophilie und Geschichte	29
<i>Christoph Siegrist</i>	
Der zerrissene Jakob Schaffner: überzeugter Nationalsozialist und Schweizer Patriot	55
<hr/>	
<i>Urs Aeschbacher</i>	
C.G. Jung, das «Dritte Reich» und die Gewalt der Seele	73
<i>Matthias M. Weber</i>	
Ernst Rüdin: Ein deutsch-schweizerischer Psychiater und Humangenetiker zwischen Wissenschaft und Ideologie	91
<i>Paul Stauffer</i>	
Grandseigneurlicher «Anti-Intellektueller». Carl J. Burckhardt in den Fährnissen des totalitären Zeitalters	113
<i>Aram Mattioli</i>	
Gonzague de Reynold - Vordenker, Propagandist und gescheiterter Chef der «nationalen Revolution»	135
<i>Alain Clavier</i>	
Georges Oltramare. Von der Theaterbühne auf die politische Bühne	157
<i>Roland Butikofer</i>	
Marcel Regamey - eine traditionalistische Sicht des eidgenössischen Bundes	171
<i>Gérald Froidevaux</i>	
C.F. Ramuz - ein Intellektueller von rechts?	185
<i>Georg Kreis</i>	
Philipp Etter - «voll auf eidgenössischem Boden»	201
<i>Markus Zürcher</i>	
Jacob Lorenz. Vom Sozialisten zum Korporationentheoretiker	219
<i>Markus Ries</i>	
«Der Rosenkranz ist unser Maschinengewehr.» Der Basler Pfarrer Robert Mäder im Kampf gegen den Zeitgeist	239
<i>Werner Baumann</i>	
Ernst Laur oder «Der Bauernstand muss erhalten werden, koste es, was es wolle.»	257
<i>Peter Moser</i>	
Hans Müller. Aus dem Landwirt wieder einen Bauern machen	273
<i>Autoren</i>	287

Hans Müller. Aus dem Landwirt wieder einen Bauern machen

Peter Moser

Der um die Jahrhundertwende rund um die Frage des Zollschatzes entstandene bürgerlich-bäuerliche Schulterschluss¹, der im Ersten Weltkrieg bestätigt, im Generalstreik zementiert und 1929 mit der Wahl Rudolf Mingers als Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) in den Bundesrat auf parteipolitischer Ebene nachvollzogen wurde, geriet Anfang der dreissiger Jahre erstmals ernsthaft unter Druck. Rudolf Minger war noch kaum im Bundeshaus, als sich ein Teil der bäuerlichen Basis und seiner eigenen Partei gegen die bundesrätliche Krisenpolitik aufzulehnen und nach politischen Alternativen zu suchen begann.

In diesem Prozess spielte Hans Müller (1891–1988) eine zentrale Rolle. Er war einer der ersten, der sich für eine Annäherung von Bauern und Arbeitern in wirtschaftspolitischen Fragen einsetzte. 1933/34 war er massgeblich an der Einleitung der bäuerlich-gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, einer wichtigen Vorstufe des nationalen Konsens der späten dreissiger Jahre, beteiligt. Die Ironie der Geschichte wollte es aber, dass Müller dann beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht Teil dieser informellen grossen Koalition war, sondern als isolierter und ausgegrenzter Einzelkämpfer krampfhaft versuchte, die Repräsentanten dieses Kompromisses «rechts» zu überholen, bevor er sich ab Mitte der vierziger Jahre mit grosser Ausdauer und einigem Erfolg einer vermeintlich unpolitischen Aufgabe verschrieb: der Weiterentwicklung des biologischen Landbaus.

Hans Müller wurde 1891 auf einem Bauernhof im emmentalischen Gomerkinden geboren. Nach der Sekundarschule besuchte er das staatliche Lehrerseminar Bern-Hofwil. Anschliessend liess er sich an der Universität Bern zum Sekundarlehrer ausbilden. Seine Dissertation über die Ökologie in den Karrenfeldern des Sigriswilergrates schrieb er neben seiner Tätigkeit an der Sekundarschule in Grosshöchstetten. 1923 wurde Müller Sekretär des neugegründeten Vereins abstinenten Schweizer Bauern, fünf Jahre später erfolgte die Wahl in den Nationalrat auf der BGB-Liste. Nachdem er 1927 seine Stelle als Sekundarlehrer aufgegeben hatte, übertrug ihm die Partei im

Jahr seiner Wahl in den Nationalrat ihre Jugendbildungsarbeit. Ende März 1935 wurde Müller aus der BGB-Fraktion der Bundesversammlung ausgeschlossen. Die grosse Mehrheit der Fraktion war der Auffassung, er gebärde sich als «Steigbügelhalter der politischen Linken» und «treibe die jungen Kräfte der Bauernsamen bewusst dem Marxismus in die Arme».²

Politisierung

Dass Müller sich politisch zunehmend nach links bewegte, war keineswegs selbstverständlich. Er entwickelte seine politischen Vorstellungen in einer Zeit, in der Ernst Laurs optimistische Zukunftsvorstellung der Jahrhundertwende, dass es mit der Einführung der einzelbetrieblichen Buchhaltung gelingen werde, die bäuerliche Landwirtschaft erfolgreich ins wissenschaftliche Zeitalter zu führen und aus den «Bauern» mit der Zeit «landwirtschaftliche Unternehmer» zu machen, sich als zunehmend brüchig erwies.³ In den zwanziger Jahren wurde klar, dass weder eine zahlreiche Vertretung im Parlament noch ein einflussreicher Dachverband die Marginalisierung der bäuerlichen Bevölkerung in einer wachsenden Volkswirtschaft aufhalten konnte (oder wollte). Müller kam – ähnlich wie viele andere Bauernpolitiker – zunehmend zur Einsicht, dass die vom Konkurrenzkampf geprägte Welt «das bäuerliche Wesen» zerstöre, und begann, die liberale Gesellschaftsordnung, «in der jeder rücksichtslos nur mehr für sich allein hat denken lernen», immer dezidierter abzulehnen.⁴

Das Umfeld, in dem er diese Gedanken verbreitete und weiterentwickelte, war die Schweizerische Bauernheimatbewegung, die unter dem Namen Jungbauern bekannt wurde. Die Bauernheimatbewegung bestand im wesentlichen aus den zahlreichen lokalen Gruppen von jungen Bauern und Bäuerinnen, die sich seit Mitte der zwanziger Jahre «Junges Bauernland» nannten. Hans Müller und der Bauer Fritz Bigler hatten begonnen, junge Bauern und Bäuerinnen zur Diskussion aktueller Probleme zusammenzuschliessen. Später wurden die Aktivitäten koordiniert und in Anlehnung an das nordische Volkshochschulwesen zu einer eigentlichen Schulungsarbeit ausgeweitet. Mit einer aus mehreren tausend Bänden bestehenden Bibliothek wurde versucht, auch bildungshungrigen Menschen in den abgelegensten Dörfern Zugang zu Büchern zu verschaffen.⁵ Ab 1926 wurden «Jung-Bauern-Landsgemeinden» und «Bauernheimatwochen» durchgeführt, und 1932 konnte die Bauernheimatbewegung das Schulungs- und Bildungszentrum für Bauern und Bäuerinnen auf dem Möschenberg bei Grosshöchstetten eröffnen. Zu der Hausmutter-schule für Bäuerinnen und den Weiterbildungskursen für Bauern kamen bald auch Führerwochen für die Jungbauern-Politiker hinzu.

Bis Anfang der dreissiger Jahre waren die Jungbauern eine Bewegung, die sich als Organisation nicht eigentlich mit Politik befasste. Erst die grosse Weltwirtschaftskrise bewirkte in dieser Hinsicht einen Kurswechsel. «Vergessen wir nicht», schrieb Müller, «dass es – wollen wir eine kulturelle Bewegung sein – unsere Pflicht ist, heute ganz intensiv in den politischen Kampf einzugreifen, wo so grosse Volksteile in Not sind. Denn Kultur heisst: geistiger und materieller Fortschritt.»⁶

Die Politisierung der Jungbauern bedeutete vorerst allerdings noch keine Annäherung an die oppositionelle Arbeiterschaft und schon gar keine Zustimmung zu den sozialdemokratischen Zukunftsvorstellungen. Denn die wirtschaftlich und sozial von der bürgerlichen Gesellschaft ausgegrenzten Arbeiter wollten «alles das umwälzen, was (sie) bisher zu einem Arbeiterdasein verurteilt hatte»; die Bauern hingegen träumten davon, dass sie wieder *die* Bauern würden, die sie glaubten vor der Industrialisierung gewesen zu sein.⁷ Der Sozialismus stellte deshalb auch für die bäuerlichen Politiker noch weniger ein erstrebenswertes Ziel dar als der liberale Kapitalismus. Aus bäuerlicher Sicht war die sozialistische Paradiesvorstellung lediglich «die Negation der kapitalistischen Wirklichkeit», wie es der russische Agrarökonom Alexander Tschajanow zu Beginn der zwanziger Jahre formuliert hatte. Der Sozialismus sei als «Antithese zum Kapitalismus» gezeugt worden, «geboren in den Folterkammern der deutschen kapitalistischen Fabrik, ausgetragen von der Psychologie des in abhängiger Arbeit gequälten städtischen Proletariates, von Generationen, die jeglicher individueller schöpferischer Arbeit und Denkweise entwöhnt waren»; er habe sich als ideale Gesellschaftsordnung nur die Negation der Lebensordnung, die ihn umgab, vorstellen können, schrieb Tschajanow.⁸

Agrarpolitiker schielten Anfang der dreissiger Jahre denn auch nicht nach links, sondern eher nach rechts, wo man den Bauern nichts weniger als eine Abkoppelung der Nahrungsmittelproduktion von den die bäuerliche Wirtschaftsweise akut bedrohenden Marktmechanismen versprach. In Deutschland erwies sich die Parole «Nicht Angebot und Nachfrage, sondern wir bestimmen den Preis», als eines der wirkungsvollsten Versprechen der Nationalsozialisten an die Bauern.⁹ Und in der Schweiz offerierte die reaktionäre Heimatwehr den Bauern – im Kanton Bern nicht ganz ohne Resonanz – nicht mehr und nicht weniger, als sie aus dem Kapitalismus herauszuführen.¹⁰

Eine antikapitalistische Linie verfolgte auch Hans Müller. Schon in der ersten Nummer des Vorspanns, des Blattes der abstinenten Schweizer Bauern, schrieb er gegen den «Geldsack» und das «Alkoholkapital».¹¹ Auch teilte er die weitgehend kompensatorische Funktionen ausübende, durch eine Schwarz-Weiss-Malerei geprägte Bauernstandsideologie, die sowohl in rechtsnationa-

len als auch in bürgerlichen Kreisen sehr populär war. Mit der einprägsamen Metapher, die «Stadt frisst die Menschen»¹², die auf dem Land geboren worden seien, schilderte Müller seiner Leserschaft die Migration vom Land in die Stadt.¹³ Idealtypisch stellte er der Stadtfrau, die der ständigen «Sucht unterworfen» sei, «in hübschen Kleidern einherzugehen»¹⁴, die Bäuerin als «Hüterin und Wahrerin all der tiefsten Güter in unserem Bauernvolke» entgegen.¹⁵ Müller teilte diese masslose ideologische Überhöhung des «bäuerlichen Wesens» mit Laur, der bis Anfang der dreissiger Jahre ein gerngesehener und vielbeachteter Gastredner bei den Jungbauern war.¹⁶

Aber Müller und Laur waren beide realistisch genug, Ideologie und Wirklichkeit auseinanderzuhalten. Das Beklagen der Landflucht in den grellsten Farben hinderte Müller denn auch keineswegs daran, deren tatsächlichen Ursachen nachzugehen. Sowenig wie Laur seine Faszination für die rückwärtsgewandte Bauernstandsideologie davon abhielt, in betriebswirtschaftlichen Fragen eine strikte Modernisierungshaltung einzunehmen und eine Strukturpolitik zu verfechten, die noch weniger auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Bauernfamilien ausgerichtet war als die Agrarpolitik des Bundes¹⁷, sowenig liess sich Müller Anfang der dreissiger Jahre dazu verleiten, seine von ihm zum Überleben der Bauernschaft als notwendig erachteten agrar- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zusammen mit rückwärtsgewandten politischen Kräften realisieren zu wollen.

Krisenpolitik

Das Ziel der bundesrätlichen Krisenpolitik war es, die internationale Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Exportwirtschaft wiederherzustellen. Da das Postulat einer «gesunden Währung» buchstäblich hoch im Kurs war, lehnte die Landesregierung eine Abwertung des Frankens vorerst kategorisch ab und setzte sich vielmehr für eine Senkung der Löhne und Preise ein. Der Milchpreis war schon seit Anfang 1926 mehrmals gesenkt worden, und auch nach Mingers Wahl zum Bundesrat änderte sich an dieser Politik nichts. Die Landesregierung erklärte am 2. März 1932, dass die Schweiz keine Preisinsel bilden dürfe, da sie sich dem Einfluss des Auslandes und des Weltmarktes nicht entziehen könne, und dass «notwendigerweise eine Anpassung der Preise an die des Auslandes eintreten» müsste. Parallel zu dieser Politik der Preissenkung strebte der Bundesrat auch eine «Anpassung der Besoldungen und Löhne des Bundespersonals an die veränderten Verhältnisse» an.¹⁸ Den vorgeschlagenen Abbau um insgesamt 10 Prozent reduzierte das Parlament zwar auf 7,5 Prozent, aber die Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen ergriffen trotz-

dem das Referendum und brachten die Vorlage in der Volksabstimmung Ende Mai 1933 zu Fall.

Bis in den Herbst des Jahres 1931 hatten sich sowohl der Schweizerische Bauernverband als auch die kantonalen BGB-Parteien für die Erhaltung der inländischen Kaufkraft gewehrt. Der Versuch der Exportindustrie, die Lebenshaltung des Schweizervolkes zu senken, entspringe einem verhängnisvollen Irrtum und müsse abgelehnt werden, erklärte Gottfried Gnägi, Mingers Nachfolger an der Spitze der bernischen BGB, im August 1931.¹⁹ Und Laur doppelte einen Monat später in der «Schweizerischen Bauernzeitung» nach: «Für den Bezug von Milch und Fleisch ist die Lage der Arbeiter viel wichtiger als die Gewinne der Fabrikanten . . . Gute Löhne, Gehälter und Verdienste der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung liegen auch im Interesse des Bauernstandes. Die gegenwärtigen Bestrebungen der Industrie, die Reallöhne abzubauen, bilden eine Gefahr für die Landwirtschaft.»²⁰

Diese Haltung wurde aber schon im Winter 1931/32 schrittweise relativiert. Noch vor der bundesrätlichen Absichtserklärung zur allgemeinen Lohn- und Preissenkung schrieb die «Neue Berner Zeitung», ein Lohnabbau wie eine Preissenkung könnten nur Gegenstand privatwirtschaftlicher Erwägungen sein.²¹ Und im Mai deutete Laur an, dass auch massgebliche Kräfte im Bauernverband eine Lohn- und Preissenkung befürworteten. Er empfahl aber den landwirtschaftlichen Organisationen, in dieser Frage den politischen Parteien die Kastanien nicht aus dem Feuer zu holen.²² Im Februar versuchte Laur noch einmal, die Spitze des Verbandes auf die «Torheit des unrationellen Preis- und Lohnabbaus» aufmerksam zu machen, als er schrieb, die Menschheit habe in den letzten Jahren erfahren, dass niedrige Preise durchaus nicht wirtschaftliche Wohlfahrt bedeuteten, sondern wegen der sinkenden Löhne durch einen schlechten Verdienst der Bauern und Handwerker erkaufte werden müssten. Aber es gebe scheinbar immer noch Leute, fuhr Laur in der «Schweizerischen Bauernzeitung» fort, die «diese Zusammenhänge nicht erkennen» wollten.²³ Daran änderte offenbar auch sein Aufruf nichts, denn der Vorstand des Bauernverbandes unterstützte dann die Abbauvorlage trotzdem und empfahl auch den kantonalen Organisationen, «mit aller Entschiedenheit» für deren Annahme einzutreten.²⁴ Und die bernische BGB forderte die Stimmbürger eindringlich auf, «dem Gesetz mit einem wuchtigen Ja zur Annahme zu verhelfen»²⁵.

Mit ihrem massiven Engagement für die Abbauvorlage im Frühling 1933 provozierte die BGB-Führung die innerparteilichen Verfechter der Kaufkraftpolitik aber in einem Ausmass, das Folgen haben sollte. Hans Müller und die Jungbauern unterstützten aus Rücksicht auf den Entscheid der Partei die Bekämpfung der Lohnabbauvorlage zwar in der Öffentlichkeit noch nicht,

aber zusammen mit anderen ihr in dieser Frage nahestehenden Kreisen versuchten sie in der Folge, unter Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Mittel der innerparteilichen Meinungsbildung die Haltung der Partei in der Wirtschaftspolitik zu ändern. Ohne Rücksicht auf den eigenen Vertreter im freisinnig-konservativen Bundesrat (und die fünf der neun bernischen Regierungsräte) forderte Müller die Parteispitze immer dezidierter auf, eine «klare, konsequente und zielsichere Oppositionspolitik» zu betreiben.²⁶

In der Verschuldungsfrage waren diese Bestrebungen nicht ganz erfolglos, forderte die BGB in einer detaillierten Eingabe am 7. März 1933 doch den Bundesrat ultimatив auf, «sofort wirksame Abwehrmassnahmen» gegen die Verschuldung in die Wege zu leiten.²⁷ Als die Landesregierung die Forderungen ablehnte, rief die Partei mitten in der Ernte eine Delegiertenversammlung ein. Die dort verabschiedete Resolution erregte in der ganzen Schweiz Aufsehen. Der Bauernstand sei nicht gewillt, in stiller Ergebenheit zugrunde zu gehen, hiess es da; er werde «schlussendlich auch vor Anwendung von Kampfmitteln von äusserster Schärfe nicht zurückschrecken». Die Delegiertenversammlung beauftragte den Zentralvorstand, die Vorbereitung von Kampfmassnahmen an die Hand zu nehmen.²⁸

Die «Radikalisierung der BGB»²⁹ war aber nur temporär – und einseitig auf die Verschuldungsfrage begrenzt, wo Jungbauern und Heimatwehr in die gleiche Richtung zogen. In der Wirtschaftspolitik hingegen waren Müller und die Jungbauern mit ihrer gewerkschaftsnahen Haltung isoliert; eine solide Mehrheit der bernischen BGB stand in dieser Frage hinter dem Bundesrat und den bürgerlichen Parteien. Im Frühling 1934 waren die Fronten innerhalb der Partei derart verhärtet, dass ein Kompromiss oder gar ein Nachgeben der einen oder anderen Seite kaum mehr möglich war. Die Versuche, sich gegenseitig von der Richtigkeit der eigenen wirtschaftspolitischen Anschauung zu überzeugen, wurden aufgegeben und dafür der Kampf um die Mehrheit in den Parteigremien intensiviert.

Ein erster – und zugleich entscheidender – Test in dieser Hinsicht waren die Grossratswahlen vom 6. Mai 1934. Beide Seiten versuchten schon beim Nominationsverfahren der Kandidaten auf der Ebene der Amtsbezirke, mit allen Mitteln möglichst viele ihrer Anhänger auf die Listen zu bringen. Der eigentliche Wahlkampf auf dem Land wurde dann weniger zwischen den verschiedenen Parteien als vielmehr innerhalb der BGB geführt. Vertreter der «alten» Führung verteilten anonyme Flugblätter, auf denen die Wähler aufgefordert wurden, die Namen der Bisherigen auf den BGB-Listen zu kumulieren und die Jungbauern zu streichen. Diese wiederum riefen die Wähler auf, die Jungbauern auf den BGB-Listen auf Kosten der Bisherigen zu kumulieren. Am 6. Mai gehe es um «den Kurs in unserer Partei», hiess es auf diesen in vielen

Amtsbezirken verteilten Aufrufen. «Soll dieser durch den Anwalt des werktätigen Volkes oder durch den des toten Kapitals bestimmt werden? Sollte letzteres eintreffen, dann wird unsere Partei für den Neubau unserer Heimat wertlos werden. Es ist ein Kampf dieser beiden Auffassungen. Die Personen spielen nur als Vertreter der einen oder anderen Richtung eine Rolle.»³⁰

Das Wahlresultat war ein Schock für die «alte» Führung, da zahlreiche bisherige Grossräte nicht wiedergewählt wurden, und eine leise Enttäuschung für die «jungen» Rebellen, weil sich nur 18 der 101 gewählten Grossräte zur jungbäuerlichen Gruppe innerhalb der BGB-Fraktion zusammenschlossen. Die bernische BGB hatte sich mehrheitlich gegen einen «Neubau der Heimat» im Sinne der Jungbauern entschieden und war deshalb in Müllers Augen für den «Neubau der Heimat» wertlos geworden. Er machte sich nach den Wahlen deshalb daran, neue Koalitionspartner zur Verwirklichung seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen zu suchen.

Koalition mit der Linken

Für Müller kamen als Koalitionspartner nur die Gewerkschaften in Frage, die Ende der zwanziger Jahre begonnen hatten, ihre bisher einseitig auf eine Politik der billigen Preise ausgerichtete Agrarpolitik zu überdenken. Gewerkschafter wie der Ökonom Fritz Marbach oder Max Weber, der wissenschaftliche Mitarbeiter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, begannen, nicht mehr ausschliesslich die Bauern als Problem, sondern zunehmend auch die Probleme der Bauern zu betrachten. Marbach brach 1929 ein gewerkschaftlich-sozialdemokratisches Tabu, als er öffentlich anerkannte, dass die Zollmassnahmen im Agrarbereich in vielen Fällen nicht zu einer absoluten Verteuerung der Waren führten, sondern lediglich eine Verringerung des für die Nahrungsmittel zu beobachtenden Rückgangs der Preise bewirkten. Und Max Weber begann sogar zu argumentieren, der Preis sei der Lohn der Bauern. Immer mehr Gewerkschafter begannen sich zudem zu fragen, in wessen Interesse denn eigentlich die realen und vermeintlichen Gegensätze zwischen Bauern und Arbeitern hochgehalten würden. Marbach schrieb, es gehe nicht darum, Bauern und Arbeiter in einer einzigen Organisation zusammenschliessen; aber «solange wir die Nöte des eigentlichen, wirklich produktiven Bauers nicht besser verstehen lernen, und umgekehrt, solange werden wir den Bauer und der Bauer uns bekämpfen, anstatt – was so überaus nötig wäre – zu versuchen, das mächtig sich gruppierende und organisierende Kapital wenigstens in seinem tollsten Gebaren und in seinen monopolistisch preistreibenden Entwicklungslinien zu kontrollieren»³¹.

Das war ganz im Sinne Müllers. Er beteiligte sich deshalb nach den «verlorenen» Grossratswahlen mit grossem Elan an der Ausarbeitung der «Kriseninitiative», die im Juni 1934 lanciert wurde. Das Volksbegehren, mit dem der Bund zur aktiven Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not verpflichtet werden sollte, stiess auf ein grosses Echo. Innert weniger Monate kam die Rekordzahl von 334 699 gültigen Unterschriften zusammen. Mehr als die Hälfte stammte aus Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern, ein Drittel gar aus ausgesprochen ländlichen Gebieten. Im Kanton Bern gab es Landgemeinden, in denen mehr als 90 Prozent der Stimmberechtigten unterschrieben.³²

Müllers kompromissloses Engagement für die «Kriseninitiative» war zwar nicht der einzige Grund für die zunehmende Verschlechterung des Verhältnisses zu «seiner» Partei. Aber dieses Engagement machte endgültig klar, dass kein Kompromiss mehr möglich war. Es war deshalb kein Zufall, dass die BGB-Fraktion Hans Müller gerade in derjenigen Session ausschloss, in der im Nationalrat die «Kriseninitiative» behandelt wurde. Im Gegensatz zu Laur, der dem Vorstoss persönlich sehr wohlwollend gegenüberstand, in seiner Funktion als Direktor des Bauernverbandes aus bündnispolitischen Überlegungen die Initiative in der Öffentlichkeit aber polemisch zurückwies, war Müller bereit, eine als richtig erachtete Idee auch dann weiterzuverfolgen, wenn das den Bruch mit seinen bisherigen politischen Verbündeten und eine enge Zusammenarbeit mit der politischen Linken bedeutete.

Müller und die Jungbauern setzten sich nach der knappen Ablehnung der «Kriseninitiative» für einen Ausbau der Beziehungen zu den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei (SP) ein. Und auch die anderen bäuerlichen Befürworter der «Kriseninitiative» (die Schaffhauser Bauernpartei und die Bündner Demokraten) unterstützten Robert Bratschis Bestrebungen zur Aufrechterhaltung der neuen Koalition.³³ Im Sommer 1936 machten der Gewerkschaftsbund und die Jungbauern eine gemeinsame Eingabe zur Wirtschafts- und Währungspolitik an den Bundesrat. Und im Verlauf des Herbstes wurden die Bestrebungen zur Gründung einer gemeinsamen Organisation intensiviert. Zur eigentlichen Gründung der «Richtlinienbewegung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie» kam es am 3. Februar 1937, als Hans Müller zusammen mit Robert Bratschi und Generalsekretär Rudolf Baumann von den Angestelltenverbänden ins Präsidium gewählt wurde.³⁴

Auch im Kanton Bern setzte sich Müller erfolgreich für einen Ausbau der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ein. Im Grossrat stimmten die Jungbauern schon seit 1934 häufig zusammen mit der sozialdemokratischen Linken. 1935 wurde in der Volksabstimmung auch die «Kriseninitiative» ange-

nommen, obwohl Bundespräsident Rudolf Minger sein ganzes Prestige dagegen einsetzte. Und im Winter 1936/37 spannten Jungbauern und Sozialdemokraten nicht nur bei einigen Amtsrichterwahlen erfolgreich zusammen, sondern erreichten in einzelnen Gemeinden auch eine Mehrheit in den Gemeinderäten. Diese Verluste alarmierten die BGB und führten zu einem vor allem von Markus Feldmann in die Wege geleiteten strategischen Umdenken. Die Partei ermöglichte mit der – jetzt an keine Bedingungen mehr geknüpften – Abtretung zweier Regierungssitze an die SP im Herbst 1938 gar dem von ihr bisher als «Streikgeneral» verspotteten Robert Grimm den Einzug in die Kantonsregierung, um so den Einzug der Jungbauern in den Regierungsrat zu verhindern.

Die Verständigung zwischen den Bürgerlichen und der SP setzte sich Ende 1938 auch auf nationaler Ebene definitiv durch, als die Sozialdemokraten das Finanzprogramm 4 nun unterstützten, obwohl sie der Vorlage im Juni im Nationalrat zusammen mit den Jungbauern noch die Zustimmung verwehrt hatten. Der Entscheid war innerhalb der SP heftig umstritten, denn es ging, wie die «Berner Tagwacht» schrieb, «schliesslich darum, sich und die Parteigenossen auf eine Finanzpolitik zu verpflichten, die mit Recht bis jetzt bekämpft worden» sei.³⁵ Die Zustimmung rangen die Bürgerlichen der SP anfangs August in zwei sogenannten Verständigungskonferenzen ab. Müller und die Jungbauern, die zur 2. Konferenz auch eingeladen wurden, beharrten auf ihrem Nein, weil die Vorlage die Steuerbetrüger schonen und nichts für bessere Preise und Löhne tue.³⁶

Isolation

Der Herbst 1938 war von zentraler Bedeutung für Hans Müllers politische Zukunft. Er musste zur Kenntnis nehmen, dass die Sozialdemokratie dem – auf nationaler Ebene aussichtslosen – Kampf mit der bäuerlichen Opposition um eine Mehrheit links der Mitte ein Arrangement mit den bürgerlichen Parteien bei weitem vorzog. Und der Wahlerfolg im Kanton Bern – die Jungbauern gewannen trotz der Verkleinerung des Grossrates mehrere Sitze dazu und wurden zumindest auf dem Land zum einzigen Sprachrohr der Opposition – verleitete Müller zur fatalen Annahme, dass er seine Zielsetzungen letztlich auch gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Allianz erfolgreich durchsetzen könne. Nach dem Bruch mit der SP erklärte Müller seinen Mitarbeitern, sie sollten sich durch die nun auch von dieser Seite zu erwartenden Angriffe nicht verunsichern lassen: «Sie werden uns nun als National-Sozialisten diffamieren.»³⁷ Nach dem «Bruch»³⁸ der Richtlinien-

bewegung sei die Schweizerische Bauernheimatbewegung, die sich mit dem «Volk» und nicht wie die SP mit dem «Grosskapital verständigt» habe, in eine neue «Kampfphase» eingetreten, erklärte Müller weiter. Für die Jungbauern gelte es nun, als die wahren «Träger der Richtlinienpolitik» in einer «neuen Zeit Führung (zu) übernehmen»³⁹.

Unter völliger Verkennung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse – und der Anpassungsfähigkeit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Politiker – beharrte Müller auch noch nach Ausbruch des Weltkrieges auf seiner in den frühen dreissiger Jahren entwickelten Fundamentalopposition gegen das «kapitalistische Wirtschaftssystem» und die «alte Führung» in der Politik. Er polemisierte 1940 noch mit den genau gleichen Worten gegen die «ausschliesslich am Gelde orientierte» gemeinsame Politik der «alte Führung im Bauernvolke» und ihre «grossen bürgerlichen Freunde» wie bei der Auseinandersetzung um die «Kriseninitiative».⁴⁰ Im Gegensatz zu anderen mitteleuropäischen links anzusiedelnden Oppositionsgruppierungen⁴¹ nahm Müller in seinem politischen Kampf keine Rücksicht auf die sich dramatisch zuspitzende internationale Situation. Im Gegenteil, er versuchte sogar, den aussenpolitischen Druck auf die Schweiz zur Verstärkung seiner Forderung nach einem wirtschaftspolitischen Umbau und einer Auswechslung der «alten» politischen Führung zu instrumentalisieren. Man dürfe nicht immer den Ereignissen hinterherhinken und sich von ihnen überraschen lassen, rief er den Politikern im Herbst 1940 zu.⁴² Und mit staatsmännischem Pathos forderte ausgerechnet Hans Müller, der sich 1940 so verhielt, wie wenn sich seit 1933 innen- und aussenpolitisch nichts verändert hätte, im Dezember des gleichen Jahres, man müsse sich einer gewandelten historischen Wirklichkeit gegenüber zeitgemäss verhalten, «um im angestammten Geiste an der neuen Sinn- und Formgebung teilzunehmen»⁴³.

So deplaziert diese Äusserungen 1940 auch waren, «hitlerfreundlich»⁴⁴, wie von den politischen Gegnern bis heute immer wieder behauptet, waren weder Hans Müller persönlich noch die Jungbauern als Bewegung.⁴⁵ Schwerer als die weitgehend aus der – auch von den Jungbauern wenig zimperlich geführten – politischen Auseinandersetzung erklärbaren Vorwürfe⁴⁶ wiegen die Bedenken, die innerhalb der Jungbauernbewegung selber immer wieder gegen Müller erhoben wurden. Werner Moser, der seit 1932 Müllers engster Mitarbeiter war und die Führerschule auf dem Möschi leitete, hatte diesen 1936 nach eigenem Bekunden deshalb verlassen, weil er die «Gleichschaltung» nicht mehr aushielt und selber erlebte, was er «aus Dutzenden von Fällen» bereits wusste: «Dass es ja gar nicht auf die Hingabebereitschaft für die Sache ankommt, sondern dass einziger Massstab für die Wertung des einzelnen seine Treue zum Führer ist.»⁴⁷ Moser schrieb Paul Schmid-Amman, dem

politischen Verbündeten Müllers in Schaffhausen, er befürchte, dass «Dr. Müller uns mit dem schweizerischen Fascismus» bescheren werde.⁴⁸ Was Werner Moser mit diesem gravierenden Vorwurf meinte, hat vor allem mit Müllers autokratischem Führungsstil innerhalb der Bewegung zu tun. Diese hatte das «Führerprinzip» zwar schon in den zwanziger Jahren eingeführt, aber bis 1944/45 auch nie versucht, die Organisation demokratisch zu gestalten. Im krassen Gegensatz zu seinen Forderungen nach einer Demokratisierung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung innerhalb der BGB und des Bauernverbandes hat Müller in seiner eigenen Organisation bis ins hohe Alter kompromisslos auf einem Aufbau von oben nach unten bestanden.

Schlussbemerkungen

Ein Intellektueller von rechts war Müller nicht wegen seiner deutschfreundlichen aussenpolitischen Haltung in den Jahren 1940/41, sondern weil er fast sein ganzes Leben lang überlegte, wie eine der zentralen Folgen des Industrialisierungsprozesses behoben werden könnte: die Verdrängung der bäuerlichen Bevölkerung aus der modernen Gesellschaft. Müller, der in den primär für den Markt produzierenden Bauern erstaunlicherweise nicht ein Produkt gesellschaftlicher Entwicklungen sah, sondern – Oswald Spengler nicht unähnlich – weitgehend als ausserhalb der Geschichte stehende «geschichtslose» Wesen, entwickelte in den zwanziger und dreissiger Jahren ein ausgesprochen feines Sensorium für die Auswirkungen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem auf diese im frühen 19. Jahrhundert entstandene Bevölkerungsschicht längerfristig hatte.⁴⁹ Im Unterschied zu den meisten anderen Intellektuellen von rechts setzte er sich nicht nur für eine Bewahrung dessen ein, was er als «ewig gültig» und erhaltenswürdig einstufte, sondern explizit auch für eine kulturelle und materielle Besserstellung der Bauern *und* der Arbeiter. Nicht eine vor-industrielle, sondern eine nach-kapitalistische Gesellschaft, in der bei den Bauern «zuerst die Arbeit und nicht das Kapital die Früchte harter Anstrengung geniessen» und die Industrie «nicht mehr dem Profitstreben einzelner, sondern der Gemeinschaft» dienen sollten, strebte Hans Müller an.⁵⁰

Die für Rechtsintellektuelle so charakteristische Fehleinschätzung der Bedeutung des Kommunismus teilte Müller nicht und sprach sich im Herbst 1937 auch gegen ein Verbot der Kommunistischen Partei im Kanton Zürich aus.⁵¹ Hingegen teilte er mit vielen Intellektuellen von rechts die Verharmlosung – und für den Agrarbereich: Fehlinterpretation der nationalsozialistischen Politik in Deutschland.⁵²

Anders als die grossen landwirtschaftlichen Organisationen und die Vertreter der offiziellen Agrarpolitik glaubte Müller – in dieser Hinsicht ein typischer Vertreter der bäuerlichen Opposition⁵³ – nicht daran, dass mit einer Modernisierung der Bauernbetriebe die Probleme der Bauern in einer wachsenden Volkswirtschaft gelöst werden könnten. Deshalb wollte er nicht wie Laur aus den Bauern landwirtschaftliche Unternehmer machen, deren Interessenorganisationen dann zusammen mit den bürgerlichen Parteien die staatliche Agrarpolitik ausgestalten sollten. Müller wollte vielmehr aus den Landwirten wieder Bauern machen und «die Bauernfragen mit allen Werktätigen, mit allen um das Wohl der Heimat ehrlich Besorgten»⁵⁴ lösen. Und die Arbeiter wollte er «auf den Boden der Heimat zurückführen»⁵⁵, damit sie zusammen mit einer «Vorhut»⁵⁶ in der bäuerlichen Bevölkerung die «Heimat neu bauen» könnten.

Als Müller einsehen musste, dass dieses Bündnis zwischen Bauern und Arbeitern zur Realisierung seiner Anliegen politisch nicht realisierbar war, begann auch er im persönlich-betrieblichen Bereich nach Auswegen zu suchen. Mit der Weiterentwicklung des biologischen Landbaus hoffte er sein Ziel, die Bauern aus den Zwängen der kapitalistischen Modernisierung zu befreien, doch noch zu erreichen. Auch das war nicht möglich, wie wir heute wissen. Aber mit der Förderung des biologischen Landbaus und dessen Respektierung natürlicher Kreisläufe hat Müller, sich selber treu bleibend, in der Nachkriegszeit die Frage nach den Folgen des unbegrenzten Wachstums noch einmal gestellt – zwar etwas weniger spektakulär als in den dreissiger und vierziger Jahren, aber nicht minder radikal.⁵⁷

- 1 Vgl. Werner Baumann, Bauernstand und Bürgerblock. Ernst Laur und der Schweizerische Bauernverband 1897–1918, Zürich 1993.
- 2 Zitiert nach: René Riesen, Die Schweizerische Bauernheimatbewegung (Jungbauern). Die Entwicklung von den Anfängen bis 1947 unter der Führung von Dr. Hans Müller, Bern 1972, S. 132. Diese Untersuchung ist nach wie vor die umfassendste Darstellung der Bauernheimatbewegung, obwohl Riesen noch keinen Zugang zum mittlerweile erschlossenen Archiv auf dem Möschberg hatte.
- 3 Ernst Laur, Landwirtschaftliche Buchhaltung für bäuerliche Verhältnisse, Aarau 1907, S. 3.
- 4 Bauernheimat, 12. März 1929.
- 5 Ein grosser Teil der Bibliothek existiert immer noch und wird nach dem Umbau des Möschbergs der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
- 6 Schweizer Jungbauer, 27. Februar 1937.
- 7 John Berger, SauErde. Geschichten vom Lande, München 1982, S. 281.
- 8 Alexander Tschajanow, Reise ins Land der bäuerlichen Utopie, Frankfurt am Main 1984, S. 51.
- 9 Onno Poppinga, Bauern und Politik, Frankfurt am Main 1975, S. 229.

- 10 Vgl. Fritz Roth, Die Schweizer Heimatwehr 1925–1937. Ein Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Frontenbewegung, 2 Bde., Bern 1973.
- 11 Vorspann, 7. September 1923.
- 12 Vorspann, 19. September 1931.
- 13 Hans Müller, Der Bauer im neuen Staat, Möschberg 1940, S. 8.
- 14 Bauernheimat, 27. September 1930.
- 15 Vorspann, 19. September 1931.
- 16 Laur hat einige seiner bei Versammlungen der Jungbauern gehaltenen Reden sogar separat publiziert. Vgl. Ernst Laur, Reden an die schweizerischen Jungbauern, Aarau 1931. Die persönliche Freundschaft zwischen Müller und Laur dauerte sogar bis 1937. Vgl. Archiv Möschberg, Briefwechsel zwischen Hans Müller und Ernst Laur.
- 17 Laur betrachtete schon um die Jahrhundertwende Betriebe mit weniger als 3 Hektaren Boden – damals immerhin noch mehr als ein Drittel aller Betriebe! – als nicht überlebensfähig und erhaltenswürdig. Die Bundesbehörden haben diese Einschätzung 90 Jahre später nachvollzogen, als sie mit der Direktzahlungsverordnung vom 26. April 1993 Betriebe unter 3 Hektaren Nutzfläche vom Anspruch auf Direktzahlungen ausschlossen.
- 18 Zitiert nach: Neue Zürcher Zeitung, 3. März 1932.
- 19 Neue Berner Zeitung, 17. August 1931.
- 20 Schweizerische Bauernzeitung, September 1931.
- 21 Neue Berner Zeitung, 19. Februar 1932.
- 22 Schweizerische Bauernzeitung, Mai 1932.
- 23 Schweizerische Bauernzeitung, Februar 1933.
- 24 Schweizerische Bauernzeitung, Mai 1933.
- 25 Fritz Bigler, Der Weg der Bauernparteien und des Schweizerischen Bauernverbandes in der Krise, Möschberg 1938, S. 10.
- 26 Archiv Möschberg, Brief von Hans Müller an Gottfried Gnägi, 7. Februar 1933.
- 27 Zitiert nach: Roth (wie Anm. 10), S. 162.
- 28 ibid.
- 29 ibid.
- 30 Archiv Möschberg, Akten zu den Grossratswahlen im Kanton Bern vom 6. Mai 1934.
- 31 Rote Revue, November 1929, S. 86.
- 32 Archiv Möschberg, Akten zur «Kriseninitiative».
- 33 Nur zwei Tage nach der Ablehnung der «Kriseninitiative» traf sich das Aktionskomitee in Bern zu einer Lagebesprechung. Vgl. Archiv Möschberg, Protokoll der Sitzung vom 4. Juni 1935.
- 34 Schweizer Jungbauer, 6. Februar 1937.
- 35 Berner Tagwacht, 24. November 1938.
- 36 Archiv Möschberg, Flugblatt Nr. 278.
- 37 Archiv Möschberg, Protokoll der Mitarbeiterkonferenz vom 24. Dezember 1938.
- 38 Die Jungbauern liessen sich nach der gegensätzlichen Haltung der Richtlinienpartner zum Finanzprogramm 4 für einige Zeit bei den Sitzungen der Richtlinienbewegung zwar noch entschuldigen, aber die gemeinsame Arbeit war eingestellt. Archiv für Sozialgeschichte, Zürich, Protokolle der Sitzungen der Richtlinienbewegung 1938/39.
- 39 Archiv Möschberg, Protokoll der Mitarbeiterkonferenz vom 24. Dezember 1938.
- 40 Müller (wie Anm. 13), S. 12.
- 41 Fritz Schwarz beispielsweise erklärte, dass die Freiwirtschafter es in der «gegenwärtigen Lage strikte ablehnen, jemanden anzugreifen und zu verlangen, dass die Alten Jungen Platz machen sollen.» Zitiert nach: Schweizer Jungbauer, 31. August 1940.

- 42 Schweizer Jungbauer, 30. Oktober 1940.
- 43 Schweizer Jungbauer, 28. Dezember 1940. Der nicht namentlich gezeichnete Artikel stamme von «einem Freund unseres Blattes», heisst es in der Einleitung.
- 44 So der sozialdemokratische Regierungsrat Fritz Giovanoli. Zitiert nach: Riesen (wie Anm. 2), S. 119.
- 45 Peter Schmid, der ehemalige BGB-Sekretär und heutige Berner Regierungsrat, lieferte im Mai 1994 ein geradezu klassisches Beispiel dafür, wie mit einer nachträglichen Konstruktion ein historisches Ereignis umgedeutet werden kann. In seinem Nachruf auf den damaligen Parteisekretär Walter Siegenthaler schrieb Schmid, der Ausschluss der Jungbauern aus der Partei im Herbst 1935 sei hauptsächlich auf eine «klare Absage an deutschfreundliche Tendenzen» zurückzuführen. Vgl. Der Bund, 28. Mai 1994.
- 46 Die auch innerhalb der Bauernheimatbewegung vorhandenen Mitglieder, die ab Ende der dreissiger Jahre mehr oder weniger offen mit NS-Deutschland sympathisierten, wurden immer wieder als Beweis für den Vorwurf aufgeführt, die Bewegung als solche sei «hitlerfreundlich».
- 47 Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich, Nachlass Paul Schmid-Amman: Brief von Werner Moser an Paul Schmid-Amman, 7. November 1937. Die Grossräte beispielsweise mussten eine Erklärung unterschreiben, in der sie nicht nur ihre Loyalität zum Programm, sondern auch zum Führer der Bewegung bekundeten. Wortlaut und Unterschriften der 1934 gewählten Jungbauern-Grossräte befinden sich bei den Akten zu den Grossratswahlen 1934 im Archiv Mösberg.
- 48 Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich, Nachlass Paul Schmid-Amman: Brief von Werner Moser an Paul Schmid-Amman, 7. November 1937.
- 49 Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten verringerte sich von rund zwei Drittel aller Erwerbstätigen zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf weniger als 4 Prozent im Jahre 1994.
- 50 Müller (wie Anm. 13), S. 11 f.
- 51 Schweizer Jungbauer, 16. Oktober 1937. Müller, der für den Kommunismus «nichts, aber auch gar nichts übrig hatte», kam zum Schluss, der «Kommunisten-Rummel» werde ausgerechnet in dem Moment losgelassen, in dem die Kommunisten in «unserem Lande überhaupt keine Bedeutung mehr besitzen».
- 52 1940 schrieb Müller, er glaube nicht, dass Deutschland mit den im Osten billiger zu produzierenden Nahrungsmitteln die Bauern in der Schweiz konkurrieren werde. «Das wird Deutschland kaum tun. Das widerspräche seiner Wertung seines eigenen Bauerntums für Volk und Staat.» Müller (wie Anm. 13), S. 5. Vgl. zur nationalsozialistischen Agrarpolitik: Gustavo Corni, Hitler and the Peasants. Agrarian Policy of the Third Reich 1930–39, New York 1990.
- 53 Vgl. für eine Dokumentation und Analyse der Bedeutung der bäuerlichen Opposition jetzt: Peter Moser, Der Stand der Bauern. Bäuerliche Politik, Wirtschaft und Kultur gestern und heute, Frauenfeld 1994.
- 54 Müller (wie Anm. 13), S. 12.
- 55 Archiv Mösberg, Vortragsmanuskripte von Hans Müller.
- 56 Müller empfand sich und seine Bewegung immer als «Vorhut» der bäuerlichen Bevölkerung. Das erste von ihm redigierte Blatt hiess nicht zufällig «Vorspann» und die Monatsbeilage zum «Schweizer Jungbauer» «Vorhut».
- 57 Für eine erste Bestandaufnahme der Entstehungsgeschichte des biologischen Landbaus vgl. Moser (wie Anm. 53), S. 327 f.